



Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhals incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Zusatztarife für den Raum einer sechsstelligen Seite in Preussisch 2 Sgr.

Erheblich: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Beförderungen auf der Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 598. Mittag-Ausgabe.

Vierundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trevesend.

Montag, den 22. December 1873.

Deutschland.

Berlin, 20. Decr. Se. Majestät der Kaiser und König waren durch Allerhöchstherrn Gesundheitszustand verhindert, der Beisehungszierlichkeit in Potsdam heute beizuwohnen. Im Uebrigen war die Nachtruhe Sr. Majestät weniger durch Husten gestört.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

24. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 20. December).

4½ Uhr. Am Ministerisch Dr. Falk mit zahlreichen Commissarien. Vom Minister des Innern ist der Gesetzentwurf betreffend die Vetheiligung der Staatsbeamten an der Gründung und Verwaltung von Aktien-, Commandit- und Bergwerks-Gesellschaften eingebracht. — Dem Antrag des Abg. Dr. Friedenthal auf Einführung der Kreisordnung in der Provinz Posen ist ein ausgearbeiteter auf die Verhältnisse der Provinz berechneter Entwurf beigelegt, der zugleich mit dem Antrag zur Vertheilung gelangt wird.

Die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Beurkundung des Personenstandes und die Form der Eheschließung ist vor dem 4. Abschnitt (von den Sterberegistern) stehen geblieben. Zu § 42 hat Abg. Kirchhoff im Interesse der Statistik die Angabe der Todesursache und Abg. Philipp die Aufnahme einer Bemerkung beantragt, ob der Verstorbenen verheirathet war oder nicht. Beide Anträge werden vom Hause genehmigt.

In § 48 wird auf Antrag des Abg. Philipp die Verichtigung eines Irrthums in den Sterberegistern von Amtswegen oder auf Antrag eines Beteiligten durch den zuständigen Staatsanwalt angeordnet. Der Antragsteller erinnert an tatsächliche Irrthümer, an deren Verichtigung die Behörde ein Interesse hat, z. B. wenn ein Frauennamen aus Versehen statt eines männlichen eingetragen ist und bei der Ausübung zum Militärdienst der Irrthum entdeckt wird (Karoline statt Karl).

§ 51 überläßt den bisher mit der Führung der Kirchenbücher und Standes-Register betraut gewesen Behörden die Ertheilung von Attesten über die bis zur Wirksamkeit des neuen Gesetzes eingetragenen Fälle. Abg. Mommsen beantragt die Auslieferung der alten Register an die neugeschaffenen Behörden, um die Register in einer Hand zu centralisiren und der Weigerung oppositioneller Geistlichen, Atteste auszustellen, vorzubeugen.

Der Cultusminister: Ein derartiger Conflict ist nicht zu befürchten, da nöthigenfalls die Ausstellung von den Staats-Beörden erzwungen werden könne. Mit der Centralisirung der Register werde bei der großen Bewegung in der Bevölkerung, namentlich dem Arbeiterstande, wenig erreicht und wenig genützt. Der Antrag Mommsen berücksichtigt aber auch nicht das Interesse der Kirche, im Besitz ihrer Bücher und der vor dem neuen Gesetz aufgeführten Register zu bleiben. Sodann müsse der Staat die Kosten der Attestausstellung tragen und diese seien nicht gering, da sie allein im Gebiet des Oberkirchenrathes eine Einnahme von 100,000 Thlr. betragen.

Abg. Mommsen behält sich vor, seinen Antrag in dritter Berathung wieder einzubringen; einstweilen wird § 51 unverändert angenommen.

Zu § 53 („Alle diesem Gesetze entgegenstehenden Vorschriften treten außer Kraft. Ein Gleiches gilt von den Bestimmungen, welche die Schließung einer Ehe wegen Verschiedenheit des Religionsbekenntnisses verbieten, und welche eine staatliche Einwirkung auf die Vollziehung der Taufe anordnen“) beantragt Abg. v. Gerlach den zweiten Absatz: „Ein Gleiches gilt u. s. w.“ zu streichen.

Abg. v. Gerlach: Dieser Absatz hat erstens mit diesem ganzen Gesetze gar nichts zu thun; er steht mit der Ueberschrift des ganzen Gesetzes auch nicht einmal in dem losesten Zusammenhange. Sodann aber werden durch diesen Absatz höchst wichtige, seit Jahrhunderten bestehende Gesetzesbestimmungen, speciell § 36, Tit. 1, Theil II. und § 131 des Anhangs zu § 446 Tit. II Theil II. des Allgemeinen Landrechts ganz ohne Weiteres aufgehoben. Diese Bestimmungen, die sich beziehen auf das Ehehinderniß zwischen Christen und Juden oder Mohamedanern u. s., so wie auf die Verpflichtung zur Taufe christlicher Kinder sind untrennbar mit dem christlichen Bekenntnis des Volkes. Wollte man sie dennoch aufheben, so erfordert es wenigstens die Ehre und die Würde des geistlichen Standes, daß man sie nach gründlicher Prüfung und Berathung in einem besonderen Gesetze aufhebe, aber nicht so en passant in einem Gesetz, mit dem sie gar nichts zu schaffen haben.

Abg. Richter (Sangerhausen): Wir erkennen die Wichtigkeit dieses Paragraphen an, stehen aber auf völlig anderem Boden als der Vorredner. Wir wollen einfach, daß der Staat ohne jede Rücksicht auf confessionelle Unterschiede jedem Staatsbürger die Möglichkeit giebt, mit Jedem eine Ehe einzugehen. Dieser Grundsatz besteht ja schon in Deutschland, und wo er nicht besteht, wie in Preußen, da haben sich die größten und traurigsten Unzutrefflichkeiten herausgestellt. Ebenso wenig wollen wir, daß der Staat einen Bürger zwingt, sein Kind taufen zu lassen. Gerade vom Standpunkt der Kirche müssen wir wünschen, daß der Taufzwang aufhöre und wir handeln dabei einfach in Konsequenz mit den Mägeleien, speciell mit dem Gesetz wegen Austritts aus der Kirche. Wer davon durchdrungen ist, daß die Kirche eine Gemeinschaft des Glaubens ist, kann nicht wollen, daß der Staat etwa durch Polizeiorgane einem Vater wider seinen Willen mit Gewalt sein Kind nehme, um es zur Taufe zu bringen. Das wollen wir nicht weil wir unsere Kirche lieben und ehren. (Beifall links.)

Der Antrag v. Gerlach wird darauf mit großer Majorität abgelehnt (dafür nur das Centrum) und der § 53 in der Regierungsfassung angenommen. Desgleichen § 54 (Ausführungsparagraph).

Der § 4 (Kostenpunkt), welcher wegen etwaiger Geldbewilligungen zur Vorberathung an die Budgetcommission verwiesen war, lautet: „Den auf Grund der Bestimmungen des § 3 ernannten Standesbeamten ist von den Gemeinden ihres Amtsbezirks eine, im Mangel einer Vereinbarung zwischen den betreffenden Gemeinden und den Beamten von dem Regierungspräsidenten (Landdrosten) festzusetzende Entschädigung für ihre Mithewaltung zu gewähren. Bestellt der Staat andere Personen, als die nach § 3 verpflichteten Beamten zu Standesbeamten, so fällt diese Entschädigung der Staatskasse zur Last. Die sachlichen Kosten werden in allen Fällen von den Gemeinden getragen.“ Die Budgetcommission schlägt dem Hause folgende Fassung des § 2 vor: „Den auf Grund der Bestimmungen des § 3 ernannten Standesbeamten ist von dem Staat zu dem Betrag ihres Hauptamts nicht gehörigen Gemeinden für ihre Mithewaltung eine Entschädigung zu gewähren, welche im Mangel einer Vereinbarung zwischen den betreffenden Gemeinden und den Beamten in dem Geltungsbereich der Kreisordnung vom 13. December 1872 von dem Kreisamtschef, in dem übrigen Theil der Monarchie von der Bezirksregierung (Landdrostei) festgesetzt wird.“

Bestellt der Staat andere Personen, als die nach § 3 verpflichteten Beamten zu Standesbeamten, so fällt die etwa zu gewährende Entschädigung der Staatskasse zur Last.

Die sachlichen Kosten werden in allen Fällen von den Gemeinden getragen.“ Der Referent der Budgetcommission Abg. Kasse begründet diesen Vorschlag damit, daß die Entschädigung der Standesbeamten für die Staatskasse zu kostspielig sein würde; eine Entschädigung aus der Kreiskasse fand in der Commission nur eine Stimme. Man war allgemein der Ansicht, daß die Kosten für die Führung der Civilstandsregister am wohltheilsten zu decken seien, wenn sie als Communalangelegenheit behandelt würden. Je kleiner die Bezirke der Standesbeamten wären, desto geringer brauche die Entschädigung zu sein, welche die Gemeinde ihm zu zahlen nöthig haben würde. Nur für den Fall, daß der Staat nicht Gemeindebeamte, sondern andere Personen mit der Führung der Register betraue, solle die Entschädigung aus der Staatskasse gezahlt werden.

Abg. Schmidt (Sagan) vertheidigt sein Amendement, den Standesbeamten Entschädigung aus Staatsmitteln zu gewähren; nicht die Gemeinden, sondern der Staat hätte das größte Interesse an der Führung der Standesregister; der Staat müsse also auch die Entschädigung für die Mithewaltung gewähren. Wenn die Standesbeamten überhaupt alle aus Staatsmitteln entlohnt würden, so würden sie sich viel mehr als Staatsbeamten fühlen. Dieser Antrag habe auch in der freien Commission viele Sympathie gefunden.

Geb. Rath Scholz: Daß der Vorredner Sympathien für seinen Antrag findet, erklärt sich daraus, daß derselbe die Staatskasse belasten will. Allein weder in dem Civilgesetze für die Rheinprovinz, noch in anderen analogen Gesetzen wird der Staat auch nur im Geringsten belastet, vielmehr liegt die

Entschädigungspflicht allein der Gemeinde ob. Gründe für einen solchen Antrag lassen sich immer anführen, doch geht die geringe Bedeutung derselben schon aus dem einstimmigen Urtheil der Bundesthatscommission hervor, die sich der Ansicht der Staatsregierung angeschlossen hat.

Abg. v. d. Red erklärt sich zunächst als einen entschiedenen Freund der obligatorischen Civilehe, meint aber, man müsse bestehende Rechte schützen und also den Geistlichen für die fortfallenden Stelgebühren eine Entschädigung aus Staatsmitteln zahlen.

Bei der Abstimmung wird der § 4 nach den Vorschlägen der Budgetcommission mit zwei Zusätzen angenommen; und zwar wird auf den Antrag des Abg. Michel hinter Min. 1) eingefügt: „Beschwerden über die Festsetzung der Entschädigung entscheidet der Minister des Innern“; und zum Schluß hinzugefügt: „Die Register werden jedoch den Gemeinden vom Staate kostenfrei geliefert.“ Alle übrigen vorliegenden Amendements werden abgelehnt.

Die Diskussion wendet sich nunmehr dem ebenfalls an die Commission verwiesenen § 12 nebst dem Gebührentarif zu. § 12 lautet: „Die Führung der Standesregister und die darauf bezüglichen Verhandlungen erfolgen kosten- und stempelfrei. Gegen Zahlung der in dem angehängten Tarif festgesetzten Gebühren müssen die Standesregister zur Einsicht vorgelegt, so wie beglaubigte Auszüge (§ 11) aus denselben ertheilt werden. Die Gebühren beziehen der Standesbeamte. Unvermögenden Beteiligten und wo das amtliche Interesse es erfordert, ist die Einsicht der Register und die Ertheilung der Auszüge gebührenfrei zu gewähren. Jeder Auszug einer Eintragung muß auch die zu derselben gehörigen Ergänzungen und Verichtigungen enthalten.“ Die Budget-Commission beantragt, hinter dem gesperrten Worte „Standesregister“ das Wort „Jedermann“ einzufügen. — Der Tarif bestimmt: „An Gebühren kommen zum Ansatz: 1) Für Vorlegung eines Register-Jahrgangs zur Einsicht; für jeden Jahrgang eine halbe Mark. 2) Für jeden beglaubigten Auszug aus den Registern mit Einschluß der Schreibgebühren 1 Mark. Bezieht sich der Auszug auf mehrere Eintragungen und erfordert derselbe das Nachschlagen von mehr als einem Jahrgange der Register, für jeden weiter nachzuschlagenden Jahrgang noch eine halbe Mark.“ — Die Commission beantragt an die Spitze dieses Tarifs folgenden Passus zu setzen: „Gebührenfrei sind die zum Zwecke der Taufe, kirchlichen Trauung, oder der Beerdigung gesetzlich erforderlichen Bescheinigungen“, im Uebrigen aber die Regierungsvorlage bestehen zu lassen.

Der Abg. Samacher dagegen beantragt, die Gebühr für Vorlegung von mehreren Register-Jahrgängen auf das Maximum von 1½ Mark, für mehrere Auszüge auf das Maximum von 2 Mark, die Gebühr für einen einzelnen Auszug auf ½ Mark festzusetzen.

Referent Abg. Kasse empfiehlt den Commissionsantrag besonders mit Rücksicht auf den Vorschlag, unter Umständen eine kostenfreie Einsicht in die Register und Attestausstellung verlangen zu dürfen. Es sei ungerecht, für die oft nur im Staatsinteresse verlangte Vorbringung von Zeugnissen den Leuten noch Kosten zu bereiten.

Die Abgeordneten Philipp, Eberth und Samacher befrworteten den Commissionsantrag, letzterer unter Empfehlung seines Antrages auf Herabsetzung des Kostenbetrags.

Beide Anträge werden vom Hause genehmigt.

Damit ist die zweite Berathung über das Gesetz betreffend die Formen der Eheschließung erledigt und folgt, nach Ablehnung eines Verlagsantrages, der Bericht über die Wahl des Wirklichen Geheimen Raths v. Mantuffel. Die Abtheilung beantragt, diese Wahl für ungültig zu erklären; Abg. Scharnweber wünscht die Gültigkeitserklärung, eventuell die Beanstandung der Wahl. Als einziger Grund der Ungültigkeit wurde der Umstand angegeben, daß einige Wähler dem Minister v. Mantuffel ihre Stimme gegeben hätten, während der betreffende Abgeordnete Wirklicher Geheimer Rath sei. Es sei jedoch evident, daß die Wähler nur den als Candidaten aufgestellten Herrn Abgeordneten gemeint hätten, und daß die Verwechslung nur aus dem Umstande entstanden sei, daß derselbe eine Zeit lang das landwirthschaftliche Ministerium verwaltet habe. Nachdem die Abg. v. Mantuffel und der Antrag der Abtheilung bekämpft, läßt er ihn beibehalten, wird derselbe vom Hause angenommen und die Wahl des Hrn. v. Mantuffel für ungültig erklärt.

Um 7½ Uhr vertagt sich das Haus bis Montag, 12 Januar 1874, 12 Uhr. R.-D. Berliner Stadtbahn, Fischerei- und Vormundschafsgesetz. Justizetat.)

Berlin, 20. Dec. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem königlich bayerischen Ober-Appellationsgerichtsrath und Justiz-Ministerial-Referenten Dr. Schmitt zu München, dem königlich sächsischen Appellationsgerichtspräsidenten Klemm zu Dresden, dem königlich württembergischen Ober-Tribunal-Rath v. Kollhaas zu Stuttgart und dem großherzoglich badischen Ministerial-Rath Dr. jur. Gebhard im Ministerium des Großherzoglichen Hauses, der Justiz und des Auswärtigen den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse und dem Justizrath, Rechtsanwalt und Notar v. Wilmonski zu Berlin den Rothen Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat dem katholischen Pfarrer Emanuel Kneifel zu Geisenheim, Regierungsbezirk Wiesbaden, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat den Prediger bei der hiesigen St. Gertrauden-Kirche, Professor Dr. Hugo Wilhelm Paul Kleinert zum Consistorial-Rath und Mitglied des Consistoriums der Provinz Brandenburg ernannt.

Der Baumeister Bobrid ist als Lokal-Baubeamter der Militär-Verwaltung in Danzig angestellt worden. — Der praktische Arzt Dr. Wallis zu Andau ist zum Kreis-Wundarzt des Landkreises Danzig ernannt worden. — Der bisherige Baumeister Alexander Siemert in Rotenburg, Regierungsbezirk Kassel, ist als königlicher Eisenbahn-Baumeister bei der Bergisch-Märkischen Eisenbahn daselbst angestellt worden.

[Wahlaufruf der Deutschen Reichs-Partei.] Das „Deutsche Wochenbl.“ veröffentlicht folgenden Aufruf:

„Zum zweiten Mal seit der Herstellung Deutschlands ergeht des Kaisers Ruf an die Nation, ihre Vertreter in den deutschen Reichstag zu entsenden.“

Mit der Größe der staatlichen Aufgabe wachsen die Parteien; dieses Zeugnis geben wir gern denen, die nicht überall mit uns übereinstimmen; dasselbe wird auch uns nicht vorwerfen werden. Der deutschen Reichs-partei steht kein engherziger Doctrinarismus hindernd im Wege, auf conservativen Grundlagen eine freisinnige Gestaltung der Reichsverhältnisse herbeizuführen.

Mit allen nationalgeheimten Parteien stehen wir auf dem Boden der Reichsverfassung, die, geübt und unangeleitet, den anerkannten Ausgangspunkt der politischen Fortentwicklung bildet. Nur staatsfeindliche Richtungen, die als solche gekennzeichnet sind, stellen den Bestand der jetzt reichsgläubigen Reichs-Institutionen selbst, mehr oder minder unterhüllt, weniger oder mehr gefährdend — in Frage.

Dem Geist unserer Reichsverfassung getreu, ist die deutsche Reichspartei einmüthig fest entschlossen, der Regierung unfres Kaisers diejenigen Mittel ungeschmäler zu bewilligen, welche erforderlich sind, um die Verbräuf des deutschen Reichs sicherzustellen und zu legalisieren. Es ist dies eine traditionelle Ehrenpflicht der Partei, welche im norddeutschen Reichstag den seither bestanden provisorischen Zustand in keinem andern Sinn hat herbeiführen wollen, als in dem, daß nach geistiger Erwägung eine gesetzliche Regelung der Armeeverhältnisse statzfinden und darauf hin das Budgetrecht des Reichstags auch in Bezug auf das deutsche Heer in Kraft zu treten habe. Es gilt uns aber auch als patriotische Pflicht, das constitutionellste aller Rechte zu bewahren im vollen Einklang mit den Lebensinteressen des Reichs, mit würdiger Erhaltung und zeitgemäßer Vervollkommnung seiner Streitkräfte zu Lande und zur See.

Die freie Entwicklung des deutschen Reichs auf geistigem und materiellem Gebiet betrachten wir als unsere eigentliche politische Aufgabe. Mit freudiger Genugthuung sehen wir, daß die einheitliche Zusammenfassung des deutschen Reichs zu allgemeiner Anerkennung auch von Seiten derjenigen staatlichen Factoren gelangt, denen die Absicht eines Widerstrebens beige-messen worden war.

Wenn die umfassenden Vorarbeiten zu einer deutschen Gerichts-Organisation zum Abschluß gelangen, so wird diese neue große Errungenschaft deutschen Gemeinwesens uns vorbereiten finden, um sie und, als Krone derselben, den höchsten Reichsgerichtshof verwirklichen zu helfen.

Die Gesetzgebung über die Presse nehmen wir mit Vorliebe und mit der tiefwurzelnden Ueberzeugung in die Hand, daß die Freiheit der Bewegung im Bereich der öffentlichen Meinung von den verstimmen künftlichen Schranken, welche vorgefaßtes Mißtrauen ihr gesetzt, durchweg zu lösen sei, sowie daß ein unabweisendes und rationelles Strafgebot, das den Mißbrauch ahndet und das Gefühl der Verantwortung wach erhält, diese Freiheit nicht schmälert, sondern ihr im Gegentheil die Bürgschaft ihrer sittlichen Würde und geistlichen Wirksamkeit gewährt.

Wie im preussischen Staate der Grundsatz der Selbstverwaltung, zu dem wir bereits im October 1867 als zu einem leitenenden Gedanken unserer Partei uns öffentlich bekannt haben, in Kreisordnung und Provinzialordnung unaufhaltsam durchdringt und seine Frucht trägt, so darf die deutsche Reichs-partei auf das Verständniß und Einverständnis der Nation zählen, wenn wir heute aussprechen, daß die successfulle Stärkung der Reichsgewalt gegenüber unberechtigtem und überlebtem Particularismus uns gleichermassen am Herzen liegt, wie die Aufrechterhaltung und sorgsame Pflege eigenartigen Lebens und autonomer Betätigung der organischen Glieder des Reichs, welche durch ihr gesundes Gedeihen das Wohl des nationalen Ganzen mitbedingen und befördern.

Die großen freiheitlichen Reformen auf wirtschaftlichem Gebiet, an denen wir mittheilhaftig sind, verleugnen wir nicht um derjenigen mehr und mehr erkannten Uebelstände willen, welche Uebergangszustände mit sich zu bringen pflegen. Hier bewährt sich vielmehr diejenige conservative Bestimmung, zu der wir uns bekennen, die auch eine liberale Neuierung als Befestigung achtet, die nicht durch eine noch so mächtige Zeitströmung in Verführung kommt, gedankenlos niederzureißen, die aber, wo die Erfahrung lehrt, die bessere Hand anzulegen, ergänzende und ausbauende Reform für geboten erachtet.

So weit endlich der gegenwärtig in Preußen sich ausbreitende und vertiefende Kampf mit den Ummählungen der römischen Hierarchie das deutsche Reich in Mitleidenchaft zieht, wie es wohl nicht anders der Fall sein kann, da steht die deutsche Reichspartei auf der Vertheidigungslinie des nicht nach Omnipotenz verlangenden, doch seiner ethischen Aufgabe wohlbewußten Staates, und da helfen wir, wie denn in unsern Reihen gläubensreue Anhänger der verchiedenen religiösen Bekenntnisse einträchtig zusammenwirken, das theuer werthe Gemeingut deutscher Nation wahren: die Parität der Confessionen und die Glaubens- und Gewissensfreiheit unseres Volkes.

Die in Berlin anwesenden Mitglieder des Central-Ausschusses der deutschen Reichs-Partei.

Graf v. Bethusy-Huc. Dr. Friedenthal. Stengel. Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode. Graf v. Winklerode.

D.R.C. [Die feierliche Beisehung der irdischen Hülle der verstorbenen Königin Elisabeth] fand heut Mittag in der durch das amtliche Programm festgestellten Weise um 12 Uhr statt. Wie wir bereits angedeutet, konnte der Kaiser wegen seines Gesundheitszustandes an der Feier nicht theilnehmen. Tausende von Menschen hatten sich zur Feier als Zuschauer eingefunden und umstanden die Wege, welche der Zug von dem Schloß Sanssouci nach der Friedenskirche zu innehalten sollte; sie waren mit gelbem Kies bedeckt und mit Tannenzweigen bestreut. Die Trauerversammlung, die sich in dem Sterbezimmer Friedrichs des Großen eingefunden hatte, in dem der Katastroph aufgeschlagen war, war eine überaus glänzende; der Kronprinz, die hier anwesenden fremden Fürstlichkeiten, alle übrigen Mitglieder des königlichen Hauses, die höchsten Würdenträger des Reichs und des Staates umstanden den Paradesarg. Hof- und Domprediger Ober-Consistorialrath Dr. Kögel hielt vor dem Katastroph die Leichenrede, welcher er den Psalm 126, dieselben Worte, welche er auch an dem Sarge Friedrich Wilhelm IV. zu Grunde legte und in der er eine treue Lebens-Skizze der dahingegangenen Fürstin gab. Auf dem Plateau von Sanssouci hatte sich inmitten der Trauerzug geordnet, und um 12 Uhr setzte sich derselbe in Bewegung, während ein feiner Sprühregen das unangenehme nässliche Wetter noch erhöhte. Die ganze Garnison von Potsdam hatte Spalier gebildet, hinter ihr stand in dichten Reihen das Publikum ernst und würdig entblößten Hauptes den Zug an sich vorbeipassiren lassen. Unmittelbar hinter dem Sarge folgte der Kronprinz, ihm zur Rechten der König von Sachsen, dann die fürstlichen Personen aus Bayern, aus Petersburg, Oesterreich und die deutschen Fürsten nebst den übrigen Mitgliedern des königlichen Hauses. So bewegte sich der Zug bis zur Friedenskirche, wo die Beisehung der Leiche unter dem vorgezeichneten Ceremoniell erfolgte. Bald nach ½ 1 Uhr war die Feier beendet und die Theilnehmer kehrten zur Stadt resp. zur Bahn und nach Berlin zurück, von wo 3 Extrazüge nach Potsdam abgelassen waren.

[Die Münzprägungen.] Bis zum 6. December d. J. waren in den Münzstätten des deutschen Reichs in Zwanzigmarkstücken 815,934,900 Mark und in Zehnmarkstücken 186,032,180 Mark ausgeprägt worden. In der Woche vom 30. November bis 6. December sind ferner geprägt in Zwanzigmarkstücken: in München 1,558,700 Mark und in Darmstadt 500,000 Mark; sowie in Zehnmarkstücken: in Berlin 629,220 Mark, in Hannover 640,360 Mark, in Frankfurt a. M. 1,222,130 Mark und in Dresden 690,540 Mark.

Die Gesamt-Ausprägung in Reichs-Geldmünzen stellt sich daher bis zum 6. December d. J. auf 1,007,208,030 Mark, wovon 817,993,600 Mark in Zwanzigmarkstücken und 189,214,430 Mark in Zehnmarkstücken bestehen.

An Reichs-Silbermünzen und zwar in 1 Markstücken waren bis zum 30. November d. J. 123,123 Mark und in Zwanzigpfennigstücken 453,975 Mark 60 Pfennige ausgeprägt worden. In der Woche vom 30. November bis 6. December d. J. sind ferner geprägt in 1 Markstücken: in Berlin 193,290 Mark; in Zwanzigpfennigstücken: in Hannover 43,708 Mark, in Frankfurt a. M. 110,009 Mark, in München 41,722 Mark, in Stuttgart 17,955 Mark 40 Pfennige und in Karlsruhe 27,000 Mark, mithin stellt sich die Gesamt-Ausprägung in Reichs-Silbermünzen auf 1,010,774 Mark, und zwar in 1 Markstücken 316,413 Mark und in Zwanzigpfennigstücken 694,361 Mark.

An Reichs-Nickelmünzen und zwar in Zehn-Pfennigstücken waren bis zum 30. November d. J. 58,711 Mark 10 Pf. ausgeprägt worden. In der Woche vom 30. November bis 6. December d. J. sind ferner in solchen Stücken geprägt: in Berlin 14,253 Mark 40 Pf., in Hannover 4327 Mark 10 Pf., in Frankfurt a. M. 14,951 Mark, in München 10,642 Mark 30 Pf. und in Stuttgart 18,780 Mark 90 Pf., mithin Gesamt-Ausprägung in Reichs-Nickelmünzen 121,665 Mark 80 Pf.

An Reichs-Kupfermünzen waren bis zum 30. November d. J. und zwar in 2 Pfennigstücken 7132 Mark 20 Pf. ausgeprägt worden. In der Woche vom 30. November bis 6. December d. J. sind von solchen Stücken ferner geprägt: in Berlin 2119 Mark 60 Pf., in Hannover 2293 Mark 90 Pf. und in Karlsruhe 2360 Mark, mithin eine Gesamt-Ausprägung in Reichs-Kupfermünzen von 13,905 Mark 70 Pf.

Posen, 21. December. [Der Erzbischof Ledochowski] und der Weihbischof Janiszewski haben den polnischen Delegirten, welche gestern hier zur Feststellung der Candidaturen für die Wahlen zum Reichstage versammelt waren, wie es heißt, die Erklärung zugehen lassen, daß sie eine Candidatur für den Reichstag nicht annehmen würden. Für den Kreis Fraustadt wurde der Bischof Ramszanowski als Candidat aufgestellt.

Potsdam, 20. December. [Das Leichenbegängniß.] Unter zahlreicher Betheiligung der Bevölkerung hat heute das Leichenbegängniß Ihrer Majestät der verewigten Königin-Witwe stattgefunden. Die Feierlichkeiten verliefen genau in der programmatischen Weise. Der Hofprediger Koegel hielt die Trauerrede, in welcher er an den 126. Psalm anknüpfte, der auch am Sarge des hochseligen Königs Friedrich Wilhelm IV. verlesen worden war.

Schwerin, 20. December. [Die Verfassungsfrage.] Der heute in Sternberg publicirte Landtagsabschied verheißt die Berufung eines außerordentlichen Landtags zu weiteren Verhandlungen über die Verfassung und hebt hervor, daß die bisherige Basis sich als ungeeignet erwiesen habe und eine Einigung nur dann zu hoffen sei, wenn der Patrimonialstaat beseitigt und eine einheitliche Vertretung geschaffen werde.

Dresden, 20. December. [Die erste Kammer] hat heute die

in der vorigen Landtagsession abgelehnte Regierungsvorlage, betreffend die Abänderung der Verfassung und der Landtagsordnung, namentlich bezüglich freier Wahl des Präsidenten in der zweiten Kammer, sowie des Vicepräsidenten in der ersten Kammer und des jeder Kammer zustehenden Adressenrechtes einstimmig angenommen.

Chemnitz, 19. Decbr. [Zu den Reichstagswahlen] schreibt man der „D. A. Z.“: Vorgehen hielt der Verein der Liberalen eine Versammlung behufs Besprechung der Reichstagscandidatur und der hierzu nöthigen Agitation ab, zu welcher gleichzeitig die liberalen Vertrauensmänner aus den Ortschaften uners Wahlbezirks eingeladen worden waren. Trotz des höchst ungünstigen Wetters hatten sich doch aus 9 Nachbarorten 16 Delegirte eingefunden. Von allen Seiten wurde mit Einstimmigkeit erklärt, daß der in Aussicht genommene Reichstagscandidat Dr. Gras aus Breslau schon an und für sich durch seine Berufstellung und wissenschaftliche Befähigung zur Vertretung eines so industriellen Bezirkes, wie der unferne, ganz besonders geeignet sei. In einem offenen Briefe an das Wahlcomité erklärt Dr. Gras unter anderem:

Die Parteianfichten, welche ich als Publicist bei der Gründung des Norddeutschen Bundes und bei der Umwandlung desselben in einen Deutschen Bund vertreten habe, weichen mit im Falle meiner Wahl meinen Plaz bei den National-Liberalen an, unter denen ich auch die meisten nächsten politischen Freunde habe. Erlauben Sie mir aber hinzuzufügen, daß ich die Wiedervereinigung aller liberalen Parteien lediglich als eine Frage der Zeit betrachte und daß ich schon jetzt um thunlichstes Zusammengehen aller liberalen Parteien mich bemühen würde. Das ordnungs- und staatsfeindliche Gebahren der Nothen und der Schwarzen macht die Bildung einer „großen Partei der Ordnung“ zur dringenden Nothwendigkeit, ja zu einer Pflicht der Selbsterhaltung. Zunächst sollten daher (nicht bloß für die Zeit der Wahl, sondern auf die Dauer) alle besonnenen Liberalen sich vereinigen.

Der vom Wahlcomité der liberalen Partei veröffentlichte Aufruf betont wesentlich die Vereinigung aller Kräfte gegen die Socialdemokratie, die in unserm Bezirke außerordentlich stark und gut organisiert ist und die schon einmal theils infolge der Laune der Liberalen, theils infolge der Parteipaltung den Wahlsieg errungen hat. Wie verlautet, wird ein großer Theil der Conservativen diesmal mit den Liberalen stimmen. — Der Vorstand des Vereins der Liberalen in Chemnitz hat auf eine von ihm an den Oberbürgermeister v. Jordanbeck in Breslau gestellte Anfrage betreffs der für den 16. sächsischen Wahlkreis in Vorschlag gebrachten Candidatur des Herrn Dr. Gras unterm 16. Dec. eine Antwort erhalten, in der es heißt:

Dr. Gras, Mitglied der national-liberalen Partei, als solcher liberalen Principien und dem wiederhergestellten Reiche warm und innig ergeben, verbindet mit diesem Gesinnungen und mit den Grundgedanken der Reichspartei praktischen Sinn, genaue und richtige Kenntniss und Schätzung der vorhandenen Verhältnisse und des Gewichtes derselben. Er weiß, daß der langsame Fortschritt der sichere und feste ist. Dr. Gras ist überdies ein Mann im besten Mannesalter, energisch und fräftig im Handeln, mit reichem Wissen ausgestattet, und würde ich mich daher freuen, wenn der Reichstag diese tüchtige praktische liberale Kraft gewönne.

Darmstadt, 20. December. [Erderschütterung.] Heute Nachmittag 2 Uhr hat hier und im Norden in der Richtung von Westen nach Osten eine heftige Erdschütterung stattgefunden, welche von einem unterirdischen Rollen begleitet war.

München, 20. December. [In der heutigen Sitzung] des Abgeordnetenhauses gab der Minister des Innern von Pfeufer in Beantwortung der von dem Abgeordneten Barth an ihn gerichteten Anfrage, ob noch in diesem Landtage das verheißene, auf directe geheime Abstimmung basirte Wahlgesetz zur Vorlage gelangen würde, die Erklärung ab, daß das neue Wahlgesetz noch dem versammelten Landtage vorgelegt werden würde. Die Mittheilung des Ministers wurde im Hause mit Beifall aufgenommen.

Schweiz.

Bern, 16. Decbr. [Der Ständerath] hat heute Art. 48 der Bundesverfassung, welcher von der Glaubens- und Gewissensfreiheit handelt, wider Erwarten schnell erledigt. Für die zwei ersten Alinea beschloß er ganz in Uebereinstimmung mit dem Bundesrathe folgende Fassung: „Die Glaubens- und Gewissensfreiheit ist unverleßlich. Niemand darf zur Theilnahme an einer Religionsgenossenschaft oder an einem religiösen Unterricht oder an Vornahme einer religiösen Handlung gezwungen oder wegen Glaubensansichten mit Strafen irgendwelcher Art belegt werden.“ Dagegen strich er das dritte vom Nationalrath angenommene Alinea: „Ueber die religiöse Erziehung der Kinder bis zum erfüllten 16. Altersjahre verfügt im Sinne vorstehender Grundsätze der Inhaber der väterlichen oder vormundschaftlichen Gewalt.“ Uebereinstimmend mit dem Nationalrath beschloß er dann wieder Alinea 4 und 5: „Die Ausübung bürgerlicher oder politischer Rechte darf durch keinerlei Vorschriften oder Bedingungen kirchlicher oder religiöser Natur beschränkt werden. Die Glaubensansichten entbinden nicht von der Erfüllung der bürgerlichen Pflichten.“ Das 6. Alinea endlich nahm der Ständerath nach Bundesrathlichem Antrage an. Es lautet: „Niemand ist gehalten, Steuern zu bezahlen, die für Cultuszwecke einer Religionsgenossenschaft, der er nicht angehört, auferlegt werden.“ Hier hatte der Nationalrath noch den Zusatz beigefügt: „Die nähere Ausführung dieses Grundsatzes ist der Bundesgesetzgebung vorbehalten.“ Wie man sieht, sind die Abweichungen des Ständerathes vom Nationalrath nur unwesentlicher Natur.

[Kirchliches.] Heute find die Dörfenstände des Bisthums Basel in Bern zu einer Konferenz zusammengetreten. Derselben liegen folgende Geschäfte vor: 1) Berathung und Schlußnahme über bei dem Bundesrathe zu thnende Schritte behufs Beschleunigung seines Entscheides betreffend den Recurs des Erzbischofs Lachat gegen dessen Amtsentsetzung; 2) allfällige Beschlüsse betreffend die letzten amtlichen Kundgebungen dieses Herrn.

[Auslieferungs-Vertrag.] Der Nationalrath hat den Auslieferungsvertrag mit Rußland gleich dem Ständerath ratificirt dagegen dem mit Portugal seine Genehmigung vorläufig noch verweigert.

Frankreich.

© **Paris, 19. December.** [Aus der National-Versammlung.] Eine Intrigue gegen den Kriegsminister. — Der Courcelle'sche Antrag. — Präfecten-Ernenennung. — Zum Prozeß Bazaine. Der Kriegsminister hat gestern in der Kammer einen Strauß zu bestehen gehabt, der einen Augenblick sein Portefeuille und dasjenige des Finanzministers bedrohte. Es handelte sich um die Einberufung der zweiten Contingenthälfte der letzten Jahresklasse, welche Einberufung nach dem neuen Militärgesetz von 1872 hätte erfolgen sollen, die aber wegen Geldmangels bis zum nächsten Frühjahr hinausgeschoben worden war. Der Finanzminister hatte sich der Erhöhung des Kriegsbudgets widersetzt und seiner Ansicht war die Regierung betreten. Nun aber stellte in der gestrigen Sitzung der Abgeordnete Keller einen Antrag auf Gewährung eines Zuschusses von 11 Millionen, um die sofortige Einberufung des Contingents zu ermöglichen; der Vice-Admiral de Montagnac und der General Chareton ihrerseits wollten zum gleichen Zwecke 5 Millionen ausgeworfen wissen. Dem von Keller vertheidigten Amendement trat der Kriegsminister du Barail gegenüber. Wir verfahren, sagte er, nach Maßgabe unserer Hilfsmittel. Ich bin gerührt von der Sorgfalt, welche die Kammer für die Armee kundgibt; aber ich bitte die Kammer, ihre Freigebigkeit für die große Anstrengung aufzuspahren welche mir behufs Herstellung unsers

Kriegsmaterial werden machen müssen. — Der General Guilleminot erklärte sich dagegen, daß man die Berufung der zweiten Contingenthälfte verzögere; auf solche Weise kommen die Regimenter nie zu einem genügenden Effectivbestande. — Noch viel dringlicher sprach sich in dieser Richtung der General Chareton aus. Er behauptete, daß es sich um ein Gesetz des öffentlichen Heils und der Regeneration handle. Die Versammlung dürfe kein Opfer scheuen, um die Armee in Stand zu setzen. Wer weiß, wie lange zu ihrer Ausbildung Zeit gewährt ist? — Diese Rede schien auf die Versammlung starken Eindruck zu machen. Chesnelong bat die Kammer im Namen der Budgetcommission das Gleichgewicht des Budgets nicht zu zerstören; aber dann erfolgte der Hauptangriff auf den Kriegsminister. Es war d'Audiffret-Pasquier, der denselben ausführte. Es giebt Verantwortlichkeiten, sagte er, die man nicht übernehmen darf. Man darf nicht von dieser Kammer sagen lassen, daß sie, wie der gesetzgebende Körper von 1870, die zur Sicherheit des Landes erforderlichen Geldmittel verweigert habe. Wenn eine große aus Fachmännern bestehende Commission ein Gesetz vorgelegt und die Versammlung dasselbe angenommen hat, wie es mit dem Militärgesetz geschehen, so muß dasselbe auch zur Ausführung kommen, aber es kommt nicht zur Ausführung. — Nach der pomphaft vorgetragenen Rede d'Audiffret-Pasquiers erwartete man, einen der angegriffenen Minister auf die Tribüne steigen zu sehen; aber zunächst erschien der Berichterstatter Castellane, den die Kammer sehr unwillig anhörte. Erst nachdem der Admiral de Montagnac nochmals auf Einberufung des Contingents bestanden hatte, antwortete der Kriegsminister dem Herzog Pasquier mit wenigen Worten, er glaube das Gesetz ehrlich auszuführen. — Guilleminot wiederholte nochmals: Wir haben den obligatorischen Militärdienst eingeführt. Kann der Finanzminister nicht 5 Millionen aufstreuen, um das Gesetz zur Geltung zu bringen? — Jetzt kam der Handelsminister Deseilligny dem Kriegsminister zu Hilfe. Man solle dem Credit des Landes schonen und finanzielle Unterstützung vermeiden; nur mit Anwendung der größten Vorsicht hat die schwere Prüfung, der das Land ausgesetzt worden war, sich überwinden lassen. Nebenbei entwirft Deseilligny ein düstres Bild von der Lage Frankreichs. — Germain tadelte diese Ausführungen. Man dürfe nicht glauben lassen, daß Frankreich keine 5 Millionen finden könne. — Endlich wurde zur Abstimmung geschritten und nach wiederholter Probe der Antrag Montagnac-Chareton, dem Keller beigetreten war, mit einer schwachen Mehrheit abgelehnt. — Diese Mehrheit war äußerst buntscheckig. Sie bestand aus dem größten Theil des rechten Centrums und einer nicht unbeträchtlichen Zahl von Deputirten der Linken und des linken Centrums. Das Gros dieser letzteren Parteien, so wie ein Theil der Rechten hatten sich für den regierungsfeindlichen Antrag erhoben. Wie der Leser aus der obigen Discussion entnommen hat, und wie aus dem geschilderten Votum hervorgeht, ist in dieser ganzen Debatte auf allen Seiten mit verdeckten Karten gespielt worden. Die Redner vermieden es, offen heraus zu sprechen. Es läuft eine ministerielle Intrigue mit unter, deren Hauptanführer der Herzog d'Audiffret-Pasquier ist. Das rechte Centrum und der genannte Herzog haben dem Kriegsminister schon lange nicht wohl gewollt und der Augenblick schien günstig, ihm sein Portefeuille zu nehmen. Unter den Republikanern andererseits sind Viele, welche du Barail beschuldigen, daß er nur widerwillig das neue Heeresgesetz ausführe und im Herzen noch dem Militärgesetz von 1832 (dessen Anhänger bekanntlich auch Thiers) den Vorzug gebe. Dies Alles drohte dem Kriegsminister gefährlich zu werden. Wenn dennoch im letzten Augenblick die Mehrheit nicht gegen ihn zu stimmen wagte, so war es hauptsächlich, weil die Discussion den Finanzminister so gut als den Kriegsminister in's Spiel gebracht hatte, und weil Viele, rechts wie links, Herrn Magne noch für unentbehrlich halten. Manche Republikaner stimmten noch deshalb für die Regierung, weil sie nicht wollten, daß die erwähnte, ganz offensbare Intrigue zu Gunsten des Herzogs d'Audiffret-Pasquier gelinge. — Im Uebrigen ist aus der Sitzung noch nachzutragen, daß Guichard, auf die Verurtheilung Bazaine's anspielend, eine Streichung von 30,000 Franken in dem Capitel „Beibehaltung der Marschälle“, verlangte. Der Antrag wurde genehmigt. Er hatte jedenfalls den Zweck, das Urtheil des Kriegsgerichts gewissermaßen durch die Kammer bestätigen zu lassen. Auf alle Fälle muß er für höchst unschicklich gelten.

Gegen alles Erwarten ist der Courcelle'sche Antrag, welcher die Verhinderung weiterer Ergänzungswahlen für die Versammlung bezweckt, gestern doch von der betreffenden Commission angenommen worden. Mehrere Monarchisten machten bei dieser Gelegenheit wieder heftige Ausfälle auf das allgemeine Stimmrecht, und Alf. Girard namentlich erklärte es für einen Unsinn, daß man den Departements gestatte, bei dem jetzigen System der Listenabstimmung Einzelwahlen vorzunehmen. Die ganze Wahl sei in der Hand des Wahlcomités und die Wähler kennen den Candidaten gar nicht, dem sie ihre Stimme geben. Derselbe Girard wurde zum Berichterstatter für das Courcelle'sche Gesetz ernannt.

Das Amtsblatt meldet die erwarteten Präfectenbewegungen noch nicht, aber die „Débats“ melden als sicher, daß Herr Limbourg zum Präfecten der Nord-Departements, Herr Vougy zum Präfecten der Somme und Dr. Michon zum Präfecten des Puy-de-Dôme ernannt ist.

Es ist officiell festgestellt worden, daß die Kosten des Bazaine'schen Processes sich auf 260,000 Franken belaufen. Nach der Behauptung des „Courrier de Paris“ will die Regierung durch eine außergewöhnliche Maßregel Bazaine einen Theil dieser Kosten abnehmen.

Man meldet die Rückkehr des Herrn Nigra, der gleich nach seinem Eintreffen eine Unterredung mit dem Herzog Decazes gehabt hat.

Rußland.

© **Petersburg, 17. December.** [Zu Rußlands Steuerlage.] Bei Beurtheilung unserer Abgabenverhältnisse lassen sich die auswärtigen Leser von Zeitungen oft durch ein eigenthümliches Mißverständnis zu falschen Schlüssen verleiten. Es giebt eine Steuer, die „Kopfststeuer“ genannt wird, und namentlich den geringeren Ständen zur Last fällt. Gemeinlich glaubt man, daß sei eine Steuer, welche per Kopf bezahlt wird, und denkt, eine jede Familie müsse nun so viel Male die Kopfststeuer entrichten, als sie Köpfe zählt, das ist in keiner Beziehung der Fall. Das Steuer zahlende Individuum heißt in Rußland duscha, d. h. die „Seele“, und die Kopfststeuer, poduschnaja podat, wird damit eigentlich zu einer Seelensteuer. Das Wort „Seele“ wird dabei aber nicht in dem gewöhnlichen Sinne gebraucht, sondern in einer ganz abstracten, nur im Finanz- und Steuerwesen vorkommenden Bedeutung, nämlich in der eines selbstständigen Mannes. So werden weder die Frauen, noch die unter väterlicher Gewalt stehenden Kinder in jenen Terminen eingegriffen. Es ist in Rußland daher üblich geworden, sobald jener terminus technicus unserer Finanzwirtschaft gebraucht wird, in deutscher Sprache von „Revisionsseelen“ zu reden, und das thun denn (wie mehrfach zu beobachten ist) auch die erfahreneren unter den Correspondenten deutscher Zeitungen, die über Rußland schreiben. Die freigelassenen Bauern, welche bei Aufhebung der Leibeigenschaft emancipirt werden, werden

ebenfalls nach „Revisionsseelen“ gezählt, und danach auch die ihnen ausgeworfene Notation an Land (welches die Regierung für sie freikaufte) — zu 3½ und 3¼ Dessätinen per Revisionsseele — bemessen. Der Ausdruck „Revisionsseele“ fällt daher in den meisten Fällen mit dem Begriffe „Familie“ zusammen, nur daß selbstständige Männer, welche sich leben und keinen Hausstand haben, ebenfalls als „Revisionsseelen“ zu betrachten sind. Wenn es also heißt, die Regierung habe das Land bereits für 7 Millionen Revisionsseelen unter den freigewordenen Bauern losgekauft, so sind darunter ebenfalls 7 Millionen Familien zu verstehen, welche im Durchschnitt je drei oder vier Arbeitskräfte besitzen. Will man die Bauern bei uns daher nach dem Maßstabe der Finanzverwaltung zählen, so kommt von der Kopfststeuer keineswegs eine so starke Einnahme ein, wie wenn man die Benennung dieser Steuer wörtlich faßt. Das letzte Jahr gab so eine Totalerinnahme von allen Perceptionen des Staates im Betrage von 523 Millionen Rubel, mit einem Ueberschuß von 629,000 Rubeln über die Staatsausgaben. Von diesen 523 Millionen waren nicht mehr als 98 durch Kopfststeuer gewonnen, eine Ziffer, die im Hinblick auf die Kopfstzahl der ländlichen Bevölkerung (die aber für die Steuererhebung nicht in Betracht tritt) gering erscheinen dürfte. Ein ferneres Mißverständnis, zu welchem man leicht verleitet wird, ist die Ueberschätzung der Branntwein-Abgabe. Es ist richtig, daß die Branntwein-Abgabe zu den Staatseinnahmen, mit den andern Einnahmequellen verglichen, in der Regel den namhaftesten Betrag einliefert. Diesen „namhaftesten Betrag“ fassen dann manche Schriftsteller so auf, als stelte er die größere Hälfte der Staatseinnahmen vor — und das ist irrig. Bisher hat das Branntwein-Monopol in der Regel 140 bis 150 Millionen Rubel im Jahre eingebracht, und selten stieg die Einnahme davon auf 160 Millionen (im Jahre 1872 z. B. auf 162 Millionen). Nun wird Jedermann zugeben, daß eine Steuer, die 140, 150 oder 160 Millionen im Jahre einbringt, doch stets einen namhaften und vielleicht den namhaftesten Beitrag zu den Staatsereventen liefert. Dabei macht die Einnahme vom Branntwein-Monopol nichtsdestoweniger noch nicht einmal ein Drittel der Staats-Einnahmen aus. Die Branntwein-Besteuerung war früher verhältnismäßig eine für die Regierung sehr bequeme, als die Steuer verpachtet wurde: da aber der Branntwein-vacht auf den Nationalwohlstand einen ungünstigen Einfluß übte, wurde er abgeschafft und die Abgabe eingeführt, wodurch der Regierung für die Einnahme einige Perceptionskosten mehr erwuchsen. Inzwischen sind diese Perceptionskosten auch nicht so groß, als manche Correspondenten das zu glauben geneigt sind. Denn für die 523 Millionen, welche der Staat im letzten Jahre einnahm (wozu das Branntwein-Monopol 162 Millionen und die Besteuerung der Bauern 98 Millionen lieferte) betrugen die Perceptionskosten etwa 48 bis 49 Millionen. Diese Perceptionskosten sind dabei ziemlich ungleichmäßig vertheilt: die Stempelsteuer ist am leichtesten zu erheben und zu kontrolliren und trägt ziemlich viel; die Einnahmen von den Reichsdomänen dagegen stellen sich höchst ungleichmäßig und ebenso auch ihre Perceptionskosten. Die Regierung hat daher in den 60er Jahren eine Anzahl Domänen, deren Verwaltung nicht dem Staatsinteresse entsprach, veräußert und dagegen die eintäglicheren behalten. Doch liegt es in der Natur der Sache, daß der Ertrag dieser Quelle nicht gleichmäßig gut bleibt. Dagegen ist im Ganzen (nicht wenig auch durch Reorganisation der Reichscontrole) die Bilanz der Reichs-Einnahmen und Ausgaben in den letzten Jahren immer mehr in befriedigender und rationaler Weise hergestellt worden.

Provincial-Beitung.

H. Breslau, 21. December. [Weihnachtseinführung.] In dem festlich erleuchteten Lieblichen Saale fand am Sonabend Abend von 5 Uhr ab die von dem Weihnachts-Unterstützungs-Comité veranstaltete Einführung statt. In langen Reihen lagen auf Tischen die Geschenke ausgebreitet. Von den Damen und Herren des Comité's an ihre Plätze geleitet, nahmen die Beschenkten mit vor Freude glänzenden Augen die reichen Gaben in Empfang. Es wurden beiseite 435 Familien und 100 Kinder. Von den Familien erhielt jede 3 Pfund Fleisch, 3 große Brode, 1 Topf Fett, 2 Pfd. Mehl, 3 Pfd. Graupen, 3 Pfd. Reis, 1 Pfd. Zucker, ½ Pfd. Kaffee, ½ Tonne Steinföhlen und 1 Hemd. Von den Kindern wurde jedes vom Kopf bis zum Fuß vollständig neu bekleidet; außerdem erhielt jedes diverses Schreibmaterial und dergleichen. Von dem Comité in Natura zugewendeten Bohnen, Nüssen, Kartoffeln und Gebräue erhielten, da dieselben für Alle nicht ausreichten, die Bedürftigsten noch entsprechende Quantitäten. Der Werth aller angekauften Materialien betrug 927 Thaler. Nachdem die Vertheilung erfolgt war, wendete sich Herr Director Dr. Gleim in herzlicher Ansprache an die Beschenkten und Herr Schulrath Thiel erinnerte dieselben nochmals daran, daß Mehl, Brot, Zucker und Kaffee gegen Abgabe der in einem Couvert erhaltenen Marken in den verschiedenen Consum-Vereins-Lagern, das Fleisch bei den Herren Fleischermeister Stephan, Nicolaisstraße 75, und Künzel, Ohlauerstraße 61, die Rohlen auf verschiedenen Kohlenplätzen in Empfang genommen werden können. Die Feier wurde durch den Vortrag angemessener Musikstücken durch die Capelle des Herrn Pöplow, die dem Feste ihre Mitwirkung unentgeltlich zu Theil werden ließ, eingeleitet und geschlossen. Von den Logen des Saales aus, der von Frau Goldschmidt ebenfalls vollständig unentgeltlich hergegeben worden war, wohnte ein zahlreiches Publikum der Feier als Zuschauer bei.

[Zeitgemäße Verfügung.] Der Justizminister hat unter dem 17ten d. M. nachstehende sehr zeitgemäße Verfügung erlassen: Es wird häufig die Wahrnehmung gemacht, daß in Vorstellungen, Berichten und Urkunden der Gerichtsbehörden die Unterschriften der Beamten so unleserlich geschrieben sind, daß ihre Entzifferung unmöglich erscheint. Der Justizminister nimmt daraus Veranlassung, mit Hinweisung auf die früher erlassenen allgemeinen Verfügungen vom 14. Febr. 1839 und 6. März 1841 sämtliche Justizbeamte von Neuem daran zu erinnern, in den von ihnen zu unterzeichnenden Vorstellungen, Berichten, Verfügungen und Urkunden ihren Namen stets deutlich und leserlich zu schreiben. — Möchte die vorstehende Mahnung doch auch von solchen Personen beherzigt werden, die nicht Beamte sind, aber es lieben, ihren Namen in ganz ungeschicklichen Schnörkeln zu schreiben, und sich wo möglich auf die Kunst, recht undeutlich zu sein, etwas zu gute thun!

[Die Berufung] des Religionslehrers am Posener Lehrer-Seminare Herrn Schröter für eine höhere Stelle in Breslau, soll neuerdings in Berlin beanstandet worden sein. Die Gründe dieser Beanstandung sind noch nicht näher bekannt. (Ostb. Zig.)

Grünberg, 14. December. [Der Sturm.] welcher in der Nacht vom Dinstag zum Mittwoch gewüthet, hat auch hier großen Schaden angerichtet. Mehr als ein Drittel des Daches der Maschinenbauanstalt schiebt (in der noch nicht gearbeitet wird) ist nicht bloß abgedeckt, sondern der obere Theil des nördlichen Giebels und damit auch das Stütz Dach herabgerissen und zertrümmert worden, so daß an jenem Theil nur noch einzelne Sparren hängen. Der herabgerissene Giebel war nur aus Fachwerk gebaut und außerhalb mit Ziegeln verkleidet. Der Schaden wird auf mindestens 2000 Thaler beziffert. (Niederl. Anz.)

Leignitz, 20. December. [Zu den Wahlen.] Ueber die gestern Mittag stattgefundene Versammlung des liberalen Wahl-Comité's behufs Feststellung der Reichstags-Candidatur geht dem „Leign. Anz.“ folgender ausführlicher Bericht zu: „Der Vorsitzende, Herr Stadtrath Prager, berichtete, daß der geschäftsführende Ausschuss an den bisherigen Vertreter, des Wahlkreises im Reichstage, Herr Geh. Regierungsrath Jacobi, die Anfrage gerichtet habe, ob er ein Mandat wieder anzunehmen bereit sei. In einem in der Versammlung verlesenen Schreiben des Herrn Jacobi erwiderte derselbe, daß das zweiseitige Mandat des Landtags- und Reichstags-Abgeordneten, mit so starken, seine körperlichen Kräfte übersteigenden Ansprüchen veranlaßt, daß er dringend wünsche, die Wahl zum Reichstage werde nicht auf ihn geleut; indes würde er, wenn doch der Ruf an ihn erginge, im Interesse der Sache nicht ablehnen. — In Folge dieses Schreibens stellte der Herr Vorsitzende, nachdem er einerseits noch constatirte, daß aus dem Wahlkreise mehrfach

Im Getreidehandel machte die retrograde Bewegung weitere Fortschritte und wenn auch an einzelnen Märkten des Auslandes trotz der großen Zufuhren die Haltung noch nicht nachtheilig beeinflusst war, so constatirte man doch, daß die bisherige Kauflust ziemlich nachgelassen hat.

In England blieb die Position ohne wesentliche Aenderung. Die fortwährend reichlichen Zufuhren aus Amerika wirkten lähmend auf den Verkehr und Preise konnten sich nur schwer behaupten.

Frankreich setzte bei ruhigem Geschäft die Preise herab.

In Belgien waren die Transactionen belanglos und Course nachgebend.

Holland ist reichlich mit Waare versehen und sowohl für Lagerwaare, als auch für entfernte Sichten wurden Concessionen gemacht werden.

Am Rhein und in Süddeutschland hat sich der Begehr nach Waare ziemlich verringert und Sichten zeigten sich entgegenkommend.

In Oesterreich-Ungarn blieb die Stimmung lustlos.

Berlin mußte, bei verminderter Nachfrage von Außen, angesichts der fortwährend zunehmenden Bestände seine Forderungen für Roggen und Weizen ermäßigen.

Das Geschäft in Sachjen war recht still. Weder Müller noch Händler wollten vor Jahreschluss neue Einkäufe machen und selbst bei äußerstem Entgegenkommen seitens der Waarenhändler blieben die Umsätze geringfügig. Roggen war reichlich angeboten und billiger erhältlich. Im Allgemeinen blieb aber gute Meinung für diesen Artikel vorherrschend und wurden einige Bisthjen seine Waare zu ermäßigten Preisen aus dem Markte genommen.

Die Zufuhren in Weizen waren größer als bisher und nur in Folge niedrigerer Forderungen konnte Einiges umgelegt werden. Keine Gerste war für den Consum in guter Frage und bedang höhere Preise. Untergeordnete Qualitäten dringend angeboten, blieben selbst zu niedrigerem Preise ohne Nehmer. Hafer reichlich zugeführt, matt. Raps und Rübsen geschäftlos. Leinsaat zu ermäßigtem Preise besser beachtet. Hanfsaat unbedändert. Hülsenfrüchte mehr angeboten und nachgebend. Mais ohne Zufuhr.

Wir notiren pr. 2000 Pfund Zollgewicht = 1000 Kilogramm netto: Weizen, weißer, 89-93 Thlr., do. gelber 78-90 Thlr., Roggen, neue Waare, 72-74 Thlr., do. russisch 65-67 Thlr., Gerste 60-80 Thlr., Hafer 54-58 Thlr., Linjen, neue Waare, 100-120 Thlr., Bohnen 65-75 Thlr., Erbsen, Kochwaare, 64-67 Thlr., do. Futterwaare 57-59 Thlr., Raps (Kohltraps), neue Waare, 84-86 Thlr., Rübsen (Raps), neue Waare, 80-82 Thlr., Leinsaat 82-90 Thlr., Hanfsaat 60-65 Thlr., Mais 60-62 Thlr., Hirse, roh, 60-62 Thlr., Buchweizen (Heideforn) 60-68 Thlr., Wicken 50-55 Thlr., Lupinen, gelb, 44-48 Thlr., do. blau 38-42 Thlr.

Kleesaat, roth, 14½-17½ Thlr., Thimothé 8-10 Thlr., pro 100 Pfund Zollgewicht = 50 Kilogramm netto.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Berlin, 21. Decbr., Nachmittags 1 Uhr. [Privatverkehr.] Nästiges Geschäft bei fester Haltung. Creditactien 139½-139¾, etwas à 140½ bez. u. Br., Franzosen 199½ bez. u. Br., Lombarden 99½-99¾ bez., Galizier 101-100½, Silberrente 99½, Italien 59½, Rumänien 33½-33¾ bez., Türken —, Disconto-Commandit 180-179¾-180 bez., Königs- und Laurahütte 159½ bez., Dortmunder Union 82½-83 bez., Rheinische Eisenbahn —, Köln-Minden —, Preussische Bank — bez., Darmstädter Bank — bez., Provinzial-Disconto-Gesellschaft — bez., Ungarische Anleihe 89½ bez. u. Br.

Paris, 20. December. Nachmittags 3 Uhr. [Schluß-Course.] (Orig.-Dep. d. Bresl. Btg.) 3 pCt. Rente 58, 37. Neueste 5 pCt. Anleihe 1872 93, 47. do. 1871 93, 40. Italien. 5 pCt. Rente 61, 95. do. Tabaks-Actien —, Oester. Staats-Eisenbahn-Actien 757, 50. Neue do. —, do. Nordwestbahn —, Lombardische Eisenbahn-Actien 375, —, do. Prioritäten 253, —, Türken de 1865 47, 45. do. de 1869 295, —, Türken-loose 113, 75. Fest.

London, 20. December, Nachmittags 4 Uhr. (Orig.-Dep. d. Bresl. Btg.) Consoles 92, 01. Italien. 61. Lombarden 14½. 5 % Russen de 1862 96. do. 5 % de 1864 95½. Silber —, Türkische Anleihe de 1865 46½. 6 % Türken de 1869 56½. 6 % Verein. Staaten pro 1882 91½. Berlin —, Hamburg 3 M., —, Frankfurt a. M., —, Wien —, —, Paris —, Petersburg —, Silberrente 66½. Papierrente 60½. Plaz-discount 4½-4¾. Bantenzahlung 10,000 Pfd. St.

Frankfurt a. M., 20. December, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-course.] Londoner Wechsel 118½. Pariser do 93½. Wiener do. 103½.

Franzosen*) 349½. Hess. Ludwigsb. 157½. Böh. Westbahn 235½. Lombarden*) 174. Galizier 235½. Elisabethbahn 230½. Nordwestbahn 207½. Elbthalbahn 102. do. Prioritäten —. Dregon 17. Creditactien*) 244½. Russ. Bodencredit 88½. Russen 1872 93½. Silberrente 65½. Papierrente 61½. 1860er Loose 92½. 1864er Loose 145½. Ungarische —. Raab-Grazer 78½. Amerikaner de 1882 97½. Darmstädter Bankverein 407½. Deutsch-Osterr. 89½. Prov. Disconto-Gesellschaft 90½. Brüsseler Bank 104. Berl. Bankverein 87½. Frankf. Bankverein 91½. do. Wechselbank 83. Nationalbank 1035. Meiningen Bank 112½. Bahn Effectenbank 121½. Continental 94½. Südd. Immobilien-Gesellschaft —. Hibernia 107½. 1854er Loose —. Schiffische Bank —.

*) per medio resp. per ultimo.

Nordf. 21. Oberbayerische Eisenbahn 77. Dortmunder Union —. 1854er Loose —. Engl. Wechselbank —. Neue Russ. Anleihe —. Fest aber still. In Creditactien Hauptgeschäft, Bahnen beliebt, Banken behauptet.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 244½, Franzosen 349½, Lombarden 173½, Provinzialdisconto-Gesellschaft —.

Frankfurt a. M., 21. December, Nachmittags. [Effecten-Societät.] Londoner Wechsel —. Pariser do. —. Wiener do. 103½. Franzosen 349½. Hess. Ludwigsb. 158. Böh. Westbahn 235½. Lombarden 174½. Galizier 235. Elisabethbahn 230. Nordwestbahn 207½. Elbthalbahn 107. Dregon —. Creditactien 244½. Russ. Bodencredit —. Russen 1872 —. Silberrente 65½. Papierrente —. 1854er Loose —. 1860er Loose 92½. 1864er Loose —. Raab-Grazer Loose —. Amerikaner de 1882 97½. Darmst. Bank 407. Deutsch-Osterr. Bank 89. Prov. Disconto-Gesellschaft 90. Brüsseler Bank —. Berl. Bankverein —. Frankf. Bankverein 92. do. Wechselbank 83. Nationalbank 1028. Meiningen Bank 112½. Schiffische Bank —. Bahn'sche Effectenb. 121½. Wiener Union —. Continental 94½. Hibernia —. Oberbayer. 76½. Creditactien beliebt.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 245, Franzosen 349½, Lombarden —, Silberrente —.

Dresden, 20. December, Nachmittags 2 Uhr. Credit 140. Lombarden 99½. Silberrente 65½. Sächsischer Creditbank 74½. Sächsischer Bank 144½. do. (junge) 141. Leipziger Credit 148. Dresdener Bank 90½. do. Wechselbank 72½. do. Handelsbank 64. Sächsischer Bankverein 70½. Döster. Noten 88½. Lauchhammer —. Fest.

Hamburg, 20. December, Nachm. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Präm.-Anleihe 109. Silberrente 65½. Oesterreich. Creditactien 209. do. 1860er Loose 93. Nordwestbahn 441. Franzosen 748. Lombarden 371. Italienische Rente 59½. Vereinsbank 122½. Laurahütte 158½. Commerzbank 91½. do. II. Emis. —. Norddeutsche Bank 140. Provinzial-Disconto-Bank 90. Anglo-deutsche Bank 61. do. neue 76. Dänische Landmannbank —. Dortmunder Union 82½. Wiener Unionbank —. 64er Russ. Prämien-Anleihe 130. 66er Russ. Prämien-Anleihe —. Amerikaner de 1882 93½. Köln-M.-St.-Actien 148½. Rhein. Eisenbahn-Stamm-Actien 146½. Bergisch-Märkische 108. Disconto 4 pCt. —. Schluß: Matt.

Hamburg, 20. December. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco flau, beide auf Termine geschäftlos. Weizen pr. 126 Pfd. pr. December pr. 1000 Kilo netto 237 Br., 235 Gld., pr. December-Januar pr. 1000 Kilo netto 237 Br., 235 Gld., pr. Januar-Februar pr. 1000 Kilo netto 239 Br., 237 Gld., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo netto 261 Br., 260 Gld. — Roggen pr. December 1000 Kilo netto 196 Br., 195 Gld., pr. December-Januar 1000 Kilo netto 195 Br., 194 Gld., pr. Januar-Februar 1000 Kilo netto 195 Br., 194 Gld., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 196 Br., 194 Gld. — Hafer und Gerste flau. — Rüböl still, loco und pr. December 62½, pr. Mai pr. 200 Pfd. 65. — Spiritus flau, pr. December pr. 100 Liter 100½ 55, pr. Decbr.-Januar und pr. Januar-Februar 54½, pr. April-Mai 54. — Kaffee fest, aber ruhig; Umfatz gering. Petroleum matt, Standard white loco 13, 50 Br., 13, 40 Gld., pr. December 13, 30 Gld., pr. Januar-März 13, 50 Gld. — Wetter: Trübe.

Hamburg, 21. Dec., Nachm. [Privat-Verkehr.] Silberrente 65½. Creditactien 210½. Franzosen 750½. Lombarden 372. Anglo-deutsche Bank 61. do. junge 76½. Nordwestbahn 442. Rheinische Bahn 146½. Bergisch-Märkische 108½. Köln-Mindener 148½. Laurahütte 159½. Dortmunder Union 82½. Commerzbank 91½. Norddeutsche Bank —. Fest.

Liverpool, 20. December, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umfatz 10,000 Ballen. Matt. Tagesimport 22,000 B. davon 13,000 B. amerikanische.

Liverpool, 20. December, Nachmittags. [Baumwolle.] Schlußbericht. Umfatz 10,000 B., davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Billiger.

Middl. Orleans 8%, middl. amerikanische 8½%, fair Dholerab 5½%, middl. fair Dholerab 5½%, good middl. Dholerab 4½%, middl. Dholerab 4½%, fair Bengal 4½%, fair Broach 5½%, new fair Domra 5½%, good fair Domra 6½%, fair Madras 6, fair Bernam 8½%, fair Smyrna 6½%, fair Egyptian 9½%. Schwimmende ungefähr ½ niedriger.

Orleans nicht unter good ordinary November-December-Verschiffung 8%, December-Januar-Verschiffung pr. Segler 8½%, Upland nicht unter good ordinary Januar-Februar-Lieferung 8½% D.

Amsterdam, 20. December, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen pr. März 387. Roggen pr. März 251½, pr. Mai 245.

Antwerpen, 20. Decbr. Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen weichend, dänischer 36%. Roggen ruhig, Petersburg 24%. Hafer vernachlässigt. Gerste behauptet.

Antwerpen, 20. Decbr. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 31 bez., 31½ Br., pr. Decbr. 31 bez. u. Br., pr. Januar 31 bez., 31½ Br., pr. Februar und pr. März 33 Br. Weichend.

Bremen, 20. Decbr. Petroleum ruhig, Standard white loco 13 Mk. 25 Pf.

Breslau, 22. Decbr., 9½ Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen sehr schleppend, bei ausreichenden Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen nur feine Qualitäten veräußert, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 7½ bis 8½ Thlr., gelber 7½ bis 8½ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. 6½ bis 7½ Thlr., feinste Sorte 7½ Thlr. bezahlt.

Gerste preishaltend, pr. 100 Kilogr. 6½ bis 6¾ Thlr., weiße 7 bis 7½ Thlr. bezahlt.

Hafer mehr offerirt, pr. 100 Kilogr. 4½ bis 5½ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen angeboten, pr. 100 Kilogr. 5½ bis 6½ Thlr.

Wicken gute Kauflust, pr. 100 Kilogr. 4½ bis 5½ Thlr.

Lupinen hoch gehalten, pr. 100 Kilogr. gelbe 4½ bis 5 Thlr., blaue 4½ bis 4¾ Thlr.

Bohnen behauptet, pr. 100 Kilogr. 6½ bis 6¾ Thlr.

Mais angeboten, pr. 100 Kilogr. 5½ bis 6½ Thlr.

Deilsaaten preishaltend.

Schlaglein unverändert.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.

	7 12 6	8 10	9 — —
Schlag-Weinsaat	7 12 6	8 10	9 — —
Winter-Raps	7 10 —	7 22 6	8 5 —
Winter-Rübsen	7 7 6	7 17 6	7 27 6
Sommer-Rübsen	7 17 6	8 — —	8 5 —
Leinbotten	6 27 6	7 10 —	7 25 —

Rapsstücken matt, schlesische 70-73 Sgr per 100 Kilogr.

Leinfuchsen sehr fest, schlesische 100-103 Sgr. per 50 Kilogr.

Kleesaat mehr zugeführt, rothe neue 13-15½ Thlr. pr. 50 Kilogr., weiße 12-16-18 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Thymothée gut behauptet, 8½-11½ Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr., pr. 5 Liter 3½-4 Sgr.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

December 20. 21.	Nachm. 2 U.	Mbs. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	330 ⁰⁰ 36	330 ⁰⁰ 78	331 ⁰⁰ 00
Luftwärme	+ 4 ⁰ 2	+ 3 ⁰ 4	+ 3 ⁰ 3
Dunstdruck	2 ⁰⁰ 30	2 ⁰⁰ 43	2 ⁰⁰ 36
Dunstsättigung	79 pCt.	90 pCt.	88 pCt.
Wind	W. 1	W. 1	W. 1
Wetter	wolfig.	bedeckt, Regen.	wolfig.

December 21. 22.	Nachm. 2 U.	Mbs. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	330 ⁰⁰ 86	331 ⁰⁰ 11	332 ⁰⁰ 76
Luftwärme	+ 4 ⁰ 3	+ 4 ⁰ 9	+ 5 ⁰ 3
Dunstdruck	2 ⁰⁰ 26	2 ⁰⁰ 86	2 ⁰⁰ 61
Dunstsättigung	77 pCt.	93 pCt.	82 pCt.
Wind	W. 2	W. 3	W. 2
Wetter	wolfig.	bedeckt, Regen.	trübe.

Breslau, 22. Dec. [Wasserstand.] D.-B. 4 M. 80 Cm. U.-B. — M. 14 Cm.

Todes-Anzeige.

Gestern Abend 11¼ Uhr verschied nach Gottes unerforschlichem Rathschlusse sanft und ruhig unser innigst geliebter Vater, Schwieger- und Großvater, der Brauereibesitzer **Ernst Padel** im 68. Lebensjahre, nachdem der unerbittliche Tod ihm einige Tage zuvor seine innigst geliebte Gattin und seinen einzigen Sohn entrißen hatte.

Mit tiefstem Schmerze zeigen dies theilnehmenden Verwandten und Freunden statt besonderer Meldung an

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Leutmannsdorf, den 20. December 1873.

Beerdigung: Dienstag, den 23. December, Nachmittags 1 Uhr.

Gestern Abend rief der Herr unsere älteste heißgeliebte Tochter **Margarethe** nach kurzem Kampfe an den Folgen der Masern in sein Himmelreich.

[2555]

Wir bitten um stille Theilnahme an unserem gerechten Schmerze.

Schweidnitz, den 21. Decbr. 1873.

Rechtsanwalt Lütke und Frau.

Stadt-Theater.

Montag, 22. Decbr. Zum 16. Male: **„Hänsel und Gretel“** oder: „Der gläserne Pantoffel.“ Zaubermärchen mit Gesang und Tanz in 6 Bildern nach dem gleichnamigen Märchen bearbeitet von C. A. Görner. Musik von Kapellmeister C. Stiegmann.

Lobe-Theater. [9275]

Montag, den 22. Decbr. Anfang 6 Uhr. Kinderfomödie. Bei ermäßigten Preisen. „Schneewittchen.“ Märchenbilder v. A. Görner.

Die längst erwarteten echten **Cuba-Cigarren** von letzter Original-Past-Paketen zu 250 Stück zum Preise pro Mille 20 Thlr. sind angekommen. Dieses den Herren Reflectanten zur Nachricht. [8805]

Zugleich empfehle ich als sehr preiswerth:

Savanna-Cigarren, a Mille 18, 20, 25, 30 und 35 Thlr. Manilla-Cigarren a Mille 20 Thlr. Whitar-Java a Mille 15 u. 16 Thlr. Savanna-Ausfluß a Mille 13 Thlr. Ambalema-Cigarren a Mille 10 Thlr. Brasil, Kaiser a Mille 6 u. 8 Thlr.

A. Gonschior, Weidenstr. Nr. 22.

Landwirthliche und Industriele

finden in der Provinz Posen eine entsprechende Verwerthung ihres Capitals und ihrer Fähigkeiten. Ueber die dortigen Zustände findet man die beste Belehrung in der

[9253]

Posener Zeitung

mit 3 Mal täglicher Ausgabe.

Edition Peters, gebunden u. brochirt.

Collection Litolf, vollständig vorrätig.

Cataloge franco.

Leuckart'sche

Sort.-Buch- u. Musikalienhdlg.,

Albert Clar,

Kupferschmiedestraße Nr. 13.

Billiger und sortirter

als in den vorangegangenen Jahren ist mein diesjähriges Lager, welches zu jedem Geschenke geeignet, namentlich [9225]

Alfenide-, Mablaster-, Lederwaaren

mit und ohne Stidereien, Lampen etc.

Joseph Jacob,

Neuschestrasse und Goldne Madegassen-Gde.,

Im eigenen Interesse bitte genau auf Firma zu achten, um nicht durch Concurrenz u. Schaufenster getäuscht zu werden.

Die beliebten Parfümeriekerzen, das Bad 5 Sgr., sind wieder vorrätig.

Frankfurt a. M. Bratwürste

empfiehlt [9256]

Gust. Scholtz,

Schweidnitzerstraße 50, Ecke der Junkernstraße.

Ballfächer, Ballschmuck

sowie sämtliche **Bijouterien**

empfiehlt zu auffallend billigen Preisen

Löwy's

Lederwaarenfabrik.

Schweidnitzerstr. 36, goldene Krone.

Preis-Courant.

1 Pince-nez, gewöhnlich Glas m. Schnur 4 Sgr.

1 do. Glas, concav und convex . . . 5 "

1 do. mit englischen Federn 10 "

1 do. fein verfilbert 15 "

1 do. m. Schildplatt 20 "

1 do. fein, ohne Einfassung, vorn. 22½ "

an. Brillen von 5 Sgr. bis zu den feinsten Reitbrillen. [9226]

Joseph Jacob,

Neuschestrasse und Goldne Madegassen-Gde.

Firma bitte genau zu beachten.

Spiegel- u. Schuppen-Karpfen

in 1-20 Pfd. schweren Fischen, täglich

frische Seefische

empfiehlt [5871]

E. Huhndorf,

Schmiedebrücke 22.

8-10,000 Thlr.

werden auf ein neues Grundstück, gerichtlich taxirt ca. 30,000 Thlr. zur 1. Stelle gesucht für einen sonst gut situirten, pünktlichen Zinsenzahler durch **Pfeiffer, Auctions-Commissar.** Beuthen Ds. [2539]

Eine herrschaftliche Wohnung erste Etage, 7 Piecen, 2 Keller, großer Wägeboden, Wasserleitung, sämmtliche Einrichtung neu und comfortable, ist sofort oder per 1. Januar zu beziehen. Näh. beim Besitzer, Maurermeister Kochmann, Gr.-Feldgasse 11d. [9196]

Krankheitsshalber

beabsichtige ich mein seit ca. 45 Jahren bestehendes Specerei- und Destillations-Geschäft (auf kaltem Wege) in einer Kreis- und Garnisonstadt Niederschlesiens mit Grundstück zu verkaufen. [2538]

Anzahlung 4000 Thlr.

Umfatz 16-18 Mille pro anno.

Näheres bei Herrn Robert Wles in Breslau, Albrechtsstraße.

Hauslehrer gesucht!

Für meine Kinder einen für Quarta vorbereiteten Knaben von 11 Jahren und zwei Mädchen von 9½ und 8 Jahren suche ich zum 1. April t. J. einen Cand. phil. oder theol. ev. als Hauslehrer zur Vorbereitung des Knabens bis Overtertia eines Gymnasiums. Gehalt bei freier Station je nach Qualifikation bis 300 Thlr. jährlich. Etwaigen Meldungen ersuche ich Zeugnisse und Empfehlungen beizulegen.

Schloß Neubad Ds. den 18. December 1873. [2540] Jaenisch, Generaldirector.

Ein der polnischen Schrift und Sprache mächtiger **Bureau-Vorsteher**, noch activ und dem die besten Zeugnisse zur Seite stehen, sucht vom 1. Februar 1874 ab eine anderweite Stellung. Nähere Auskunft ertheilt sub K. W. 612 die Annoncen-Expedition von **Saafenstein & Vogler** in Breslau, Ring 29.

Für mein Manufaktur- und Confections-Geschäft suche per 1. Januar 1874 einen gewandten tüchtigen **Verkäufer**, der in der Branche vollständig firm ist. Sayman. B. Danzigers Nachf. J. London.

Gebrauchte **Selterauschank-Einrichtung und Ballons** zu kaufen gesucht. Offerten sub O. P. 91. Larnowiz Ds. [2556]

Lampen

in größter Auswahl zu bekannt billigen Preisen. [5715]

J. Warm,

jetzt Dhlauerstr. 52.

Zu Weihnachtsgeschenken

empfehle hierdurch mein gut assortirtes Lager von [8327]

Nähmaschinen aller Systeme

zu soliden Fabrikpreisen. Unterricht und Verpackung gratis.

Neue Garantie.

Neuestes Nähmaschinen-Geschäft in Schlesien:

L. Nippert, Mechaniker

in Breslau, Alte Taschenstr. Nr. 3.

Mal- und Studienkasten

zur Oel- und Aquarellmalerei, sowie gute Oelgemälde, zu Weihnachtsgeschenken sich eignen, empfiehlt

J. W. Trautmann, Alte Taschenstraße 29. [8419]

Den ersten Transport

Echten Astrachaner Winter-Caviar

in vorzüglicher, wenig gesalzener Qualität empfehlen

Gebrüder Friederici,

Schuhbrücke Nr. 73. [5966]

Für Hausfrauen!

Wie alljährlich eröffne ich heute eine große [5964]

Ausstellung von Weihnachtsstrieckeln.

Größere Bestellungen bitte rechtzeitig abzugeben. Die Ausgabe der Strieckel meiner Messing-Strieckelmarken findet ebenfalls von heute ab statt. Gleichzeitig empfehle mein gut sortirtes Weinlager, sowie Rum, Arac und Cognac zu billigsten Preisen.

Joseph Schierse,

Brotsfabrik und Weinhandlung, Kupferschmiedestraße, Stockgassen-Gde.

Zum Feste

empfiehlt ihr wohlfortirtes Lager von vorzüglichen Weinen, Rum, Cognac, Glühwein etc. zur geneigten Beachtung die

Weinhandlung von W. Berger,

Nikolaistraße Nr. 28/29. [9255]

Frische Lachs- u. Spiegelkarpfen

sowie jede Gattung anderer Fische sind stets zu haben bei [5965]

J. Palm, Fischmarkt, Bude 8.

An der neuen Passage, Carls- [Ein möblirtes Zimmer in der straße 8, sind 2 Kaben und die 1. Etage per 1. April zu vermieten. dem Stadgericht wird zu mieten. Näheres Carlsstraße Nr. 11 im wünsch. Offerten sub Chiffre K. 80 Eichenhof-Geschäft. [9254] in der Erpbe. der Bresl. Btg. [5967]

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. Druck von Graf, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.